

NIEDERSCHRIFT

**der 03. Sitzung des Ortsgemeinderates Maxdorf
am Donnerstag, den 26. September 2019, 19:00 Uhr im Carl-Bosch-Haus,
Hüttenmüllerstr. 31, 67133 Maxdorf**

Anwesend sind:

Der Ortsbürgermeister Werner Baumann

Die Ortsbeigeordneten Georg Kiefer, Bernd Lupberger und Nils Max

Die Ratsmitglieder Christoph Baumann, Dr. Rainer Bahnemann, Karl Ebert, Kristin Ebert, Jutta Hof-Fiedler, Bettina Holler, Christopher Huch, Anna Maria Kassel, Heike Kißler, Bernd Kraft, Luisa Michael, Oliver Nagel-Schwab, Sigrid Reichert, Sylvia Reis, Michael Schimbeno und Martin Westrich

Von der Verwaltung sind anwesend:

Der Bürgermeister Paul Poje, der 1. Beigeordnete Dieter Grau, der Schriftführer Marco Müller

Die Presse ist vertreten durch Herrn Sven Wenzel (Rheinpfalz)

Entschuldigt fehlen die Ratsmitglieder Uwe Matheis, Julian Poje und Alfons Wiebelskircher

Unentschuldigt fehlt niemand

Die Mitglieder wurden am 13.09.2019 ordnungsgemäß eingeladen. Ort und Beginn der Sitzung wurden durch das Amtsblatt in der KW 39 öffentlich bekannt gemacht.

Der Vorsitzende, Ortsbürgermeister Werner Baumann, begrüßt die Anwesenden und stellt fest, dass form- und fristgerecht eingeladen wurde und dass der Ortsgemeinderat beschlussfähig ist.

Der Vorsitzende teilt mit, dass er als Ergänzung zur öffentlichen Tagesordnung die DS 2019/MA/075 „Abweichungsantrag zur Errichtung eines Einfahrtstores“ im öffentlichen Teil an TOP 08 vorgesehen hat.

Der TOP 03 kann entfallen, da bereits in voriger Ortsgemeinderatssitzung behandelt. Weitere Ergänzungs- oder Änderungswünsche hat er keine mitzuteilen.

Der FV Nagel-Schwab regt an, dass man die TOPs Änderung der Hauptsatzung und der Geschäftsordnung tauscht.

Der Vorsitzende erklärt, dass dies ursprünglich bereits so vorgesehen war und das Gremium ist einverstanden.

Weitere Ergänzungs- oder Änderungswünsche aus dem Gremium liegen nicht vor. Die sich ergebende Tagesordnung lautet demnach wie folgt:

Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

1. Protokoll der letzten Sitzung

2. Annahme von Spenden
3. Änderung der Geschäftsordnung
4. Aufwandsentschädigungen der Fraktionen
5. Änderung der Hauptsatzung
6. Ratsinformationssystem
7. Förderung der digitalen Infrastruktur für Schulen in Rheinland-Pfalz
8. Abweichungsantrag zur Errichtung eines Einfahrtstores mit einer Höhe von 1,20 m auf dem Grundstück in der Raiffeisenstraße in Maxdorf
9. Haidwaldschule; - Sachstand
10. Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen
11. Einwohnerfragestunde

Nichtöffentliche Sitzung:

12. Protokoll der letzten nichtöffentlichen Sitzung
13. Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Öffentliche Sitzung:

14. Bekanntgabe der Ergebnisse aus der nichtöffentlichen Sitzung
-

Es wird wie folgt beraten:

Öffentliche Sitzung:

01. Protokoll der letzten öffentlichen Sitzungen

Die Niederschrift des öffentlichen Teils der 02. Ortsgemeinderatssitzung vom 29.08.2019 ist noch nicht versendet.

02. Annahme von Spenden

Beratungsgegenstand stellt die DS 2019/MA/079, Anlage 1, dar.

Der Vorsitzende teilt mit, dass es sich bei den vorliegenden Spenden um Spenden hinsichtlich der Baumpflanzaktion zur 200 Jahrfeier von Maxdorf handelt: „200 Bäume für Maxdorf“.

Alle Spender werden im Anschluss an die Aktion im Amtsblatt veröffentlicht werden. Bisher habe man knapp 4.000,- € an Spendengeldern erhalten.

Die RM Holler, Kraft, Reis und Westrich treten vom Tisch zurück,

da sie selbst Spender der Aktion waren.

Einstimmig ergeht bei Abstimmung des übrigen Gremiums der

Beschluss:

„Die Spenden werden angenommen und für den vorgeschlagenen Zweck verwendet.“

Ein Dank an die Spender ergeht.

03. Änderung der Geschäftsordnung

Beratungsgegenstand stellt die DS 2019/MA/064, Anlage 2, dar.

Der Vorsitzende verweist auf die DS und erklärt, dass der Haupt- und Finanzausschuss bereits einstimmig die Annahme der Geschäftsordnung empfohlen hat. Das RM Kraft bekräftigt, dass man die Formulierungen und Beschlüsse, so wie sie im Verbandsgemeinderat getroffen wurden, auch im Ortsgemeinderat umsetzen sollte.

Ohne weitere Diskussionen kommt es zur Abstimmung. Sogleich ergeht einstimmig der

Beschluss:

„a) Genderschreibweise:

Zur Umsetzung der Genderschreibweise ist dem jeweils betroffenen Hauptwort der Klammerzusatz „(m/w/d)“ anzufügen.

b) Digitalisierung der Gremienarbeit / Ratsinformationssystem:

Die ergänzte/geänderte Geschäftsordnung für den Verbandsgemeinderat Maxdorf wird einschließlich der Genderschreibweise unter a) in der als Anlage 5 beigefügten Ausfertigung beschlossen.“

04. Aufwandsentschädigungen der Fraktionen

Beratungsgegenstand stellt die DS 2019/MA/070, Anlage 3, dar.

Der Vorsitzende verweist auf die DS, die noch aus einem Prüfbericht des Rechnungs- und Gemeindeprüfungsamtes aus 2016 resultiert.

Das damalige Fazit lautete: „die Zuschüsse sollten reduziert werden“. Es stellt sich die Frage, wie die Fraktionen hierzu stehen.

Das RM Kassel möchte einen Antrag einbringen.

Die Fraktion der Grünen beantragt, dass im Haupt- und Finanzausschuss eine gemeinsame Vorlage zur Aufwandsentschädigung der Fraktionen erarbeitet wird, die 1. Den Anforderungen des Rechnungs- und Gemeindeprüfungsamtes gerecht wird, 2. Dem Vergleich mit anderen Gemeinden standhält 3. Den Grundsätzen der Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit entspricht und 4. Für die Bürgerinnen und Bürger nachvollziehbar ist.

Sie begründet den Antrag ihrer Fraktion und erklärt, dass man nicht sachgerecht über Fraktionsvergütungen diskutieren könne, ohne Vergleiche vorliegen zu haben.

Der Vorsitzende erklärt, dass ein solcher Antrag normalerweise vor Beschluss der Tagesordnung einzubringen wäre. Der TOP ist nun auf der Tagesordnung und die Hauptsatzung müsse irgendwann schließlich verabschiedet werden. Er stellt den Antrag dennoch zur Diskussion.

Der FV Nagel-Schwab erklärt, dass die Ortsgemeinde eine Hauptsatzung habe und lediglich eine geänderte Hauptsatzung zu verabschieden wäre. Somit hält er den Antrag für legitim. Dennoch ist auch er der Meinung, dass man sowohl den Grundbetrag als auch den Sockelbetrag benötigt. Über den Pauschbetrag könne man durchaus anderer Meinung sein.

Der FV Huch erklärt für die SPD, dass der TOP bereits im zuständigen Haupt- und Finanzausschuss ausführlich diskutiert wurde und dass keiner der Anwesenden sich an der Ortsgemeinderatsarbeit persönlich bereichert. Die Werte sind nach Ansicht seiner Fraktion sachgemäß, so wie sie aufgeführt sind. Die SPD wird keinen Änderungen zustimmen.

Ähnlich äußert sich der FV der CDU C. Baumann. Er betont, dass die Beträge dazu da sind, damit sich die Fraktionen fortbilden können und ihre politische Meinung bilden zu können. Was in der Diskussion vergessen wurde, ist, dass die Beträge alle auf ihre sachgemäße Verwendung hin nachgewiesen werden müssen. Sollten die Summen nicht ausgeschöpft werden, wären diese zurückzuzahlen.

Er betont dass die gesamte Ratsarbeit immer schwieriger wird, da immer mehr Gesetze und Verordnungen erlassen werden. Letztlich handelt es sich, bezogen auf den Haushalt der Ortsgemeinde, um kleine Summen.

Die FV Ebert erklärt, dass man als Fraktion ja neu sei und man daher noch nicht über Erfahrungswerte verfüge, ob und wie die Gelder ausreichen oder nicht ausreichen.

Der Vorsitzende erklärt hierzu, dass die aufgeführten Werte ohnehin nicht vergleichbar seien, da man in anderen Kommunen beispielsweise den Fraktionen Räume mit Computerausstattung zur Verfügung stellt, was hier in Maxdorf beispielsweise nicht der Fall wäre.

Genau aus diesem Grund bittet das RM Kassel um eine nochmalige Beratung, da man die aufgeführten Werte nicht vergleichen könne. Es wird erneut betont, dass die Pauschbeträge nicht mit aufgeführt sind.

Das RM Dr. Bahnemann weist darauf hin, dass das Prüfungsamt betonte, dass die Beträge zunehmend nicht mehr verbraucht wurden.

Der FV der CDU widerspricht dieser Darstellung deutlich. Es finden sich im gesamten Bericht des Prüfungsamtes ähnliche Spitzen wie diese, die schlichtweg falsch und provokant seien.

Der Ortsbeigeordnete Lupberger belegt dies am Beispiel der Reinigung der Haidwaldschule, die vom Rechnungsprüfungsamt gefordert wurde, fremd zu vergeben. Letztlich habe die Ortsgemeinde nun viel höhere Kosten als zuvor, bei weitaus schlechterer Reinigungsleistung als zuvor. Dies als Beleg für die Qualität der Empfehlungen des Prüfungsamtes.

Der Vorsitzende lässt zunächst über den Antrag der Grünen abstimmen.

Bei 6 Stimmen dafür, 13 Gegenstimmen und einer Enthaltung entfaltet der Antrag keine Beschlusskraft.

Es wird über die Beschlussempfehlung des Haupt- und Finanzausschusses abgestimmt. Bei 13 Stimmen dafür, 6 Gegenstimmen und einer Enthaltung ergeht der

Beschluss:

„An der bisherigen Regelung zur Aufwandsentschädigung der Fraktionen wird festgehalten.“

05. Änderung der Hauptsatzung

Beratungsgegenstand stellt die DS 2019/MA/065, Anlage 4, dar.

Der Vorsitzende erklärt, dass auch dieser Sachverhalt bereits im Haupt- und Finanzausschuss ausführlich diskutiert wurde.

Letztlich konnte man in vielen Punkten Einigkeit erreichen. Lediglich zur Möglichkeit des Streamings wurde ein Verweis in die Fraktionen empfohlen.

Der FV Huch erklärt für die SPD, dass man den Vorschlag für die Genderschreibweise natürlich so akzeptiert.

Zum Streaming wird erklärt, dass die Varianten 2 bis 4 der DS seiner Ansicht nach aktuell infrastrukturell nicht umzusetzen sind. Mit der Variante 1 würde man sich komplett restriktiv Verhalten, was auch nicht gewünscht sei. Er plädiert demnach dafür, keine Regelung in der Hauptsatzung zu erlassen, so dass Paragraph 35 Abs. 1 Satz 6 GemO greift.

Zum finanziellen Entscheidungsrahmen erklärt er, dass die Werte bestehen bleiben sollten.

Das RM Dr. Bahnemann spricht für die Grünen.

Zur Genderschreibweise und zum finanziellen Entscheidungsrahmen stimmt er seinem Vorredner zu.

Zur Möglichkeit des Streamings möchte seine Fraktion die Variante 3 empfehlen, die ein Streaming durch die Verbandsgemeinde erlaubt.

Für die Fraktion der FDP spricht das RM Schimbeno.

Hinsichtlich Genderschreibweise und finanziellem Entscheidungsrahmen gibt es keinen Diskussionsbedarf.

Hinsichtlich des möglichen Streamings erklärt er, dass man in der Fraktion keine Einigung erzielen konnte und die Abstimmung demnach freigibt. Sein persönlicher Favorit ist die Variante 3, die auch von den Grünen bevorzugt wird.

Für die CDU spricht deren FV C. Baumann. Er erklärt, ebenso wie seine Vorredner, dass man in Puncto Genderschreibweise und Entscheidungsrahmen keinerlei Änderungen zu den Vorrednern vorschlägt.

Zur Transparenz in den Ratssitzungen erklärt er, dass man aktuell durch das Ratsinformationssystem, welches ja auch ein Bürgerinformationssystem darstellt, so transparent ist, wie noch nie.

Er ist sich sicher, dass irgendwann ein Livestreaming kommen wird, dass es allerdings im aktuellen Zeitpunkt noch zu früh für dieses sei.

Demnach plädiert er, gleichlautend zur SPD dafür, keine Regelung in der Hauptsatzung zu treffen, da dann der oben aufgeführte Paragraph greift, der es dem Rat in Einstimmigkeit ermöglichen würde, Sitzungen oder Teile dieser zu streamen.

Der Vorsitzende möchte aufgrund der bestehenden Differenzen in Teilen abstimmen lassen.

In der ersten Abstimmung ergeht einstimmig der

Beschluss:

„Genderschreibweise:

Zur Umsetzung der Genderschreibweise ist dem jeweils betroffenen Hauptwort der Klammerzusatz „(m/w/d)“ anzufügen.“

In der zweiten Abstimmung ergeht einstimmig der

Beschluss:

„Finanzieller Entscheidungsrahmen:

An der bisherigen Regelung zum finanziellen Entscheidungsrahmen wird festgehalten. Es werden keine Änderungen beschlossen.“

In einer dritten Abstimmung ergeht bei 13 Stimmen dafür, ohne Enthaltungen und bei 7 Gegenstimmen der

Beschluss:

„Zur Möglichkeit des Streamings im Rahmen von Sitzungen der Ortsgemeinde erfolgt keine Änderung der Hauptsatzung und somit auch keine Regelung in der Hauptsatzung, so dass Paragraph 35 Abs. 1 Satz 6 GemO greift.“

06. Ratsinformationssystem

Beratungsgegenstand stellt die DS 2019/MA/066, Anlage 5, dar.

Der Vorsitzende erklärt, dass man sich hinsichtlich der Regelungen zum Ratsinformationssystem an den Regelungen der übergeordneten Behörden orientieren möchte.

So wolle man sich auch in der Ortsgemeinde darauf einigen, jedem RM einmalig 400,- € für die Dauer der Legislaturperiode zur Beschaffung eines Tablets bereitzustellen.

Der Bürgermeister erklärt, dass er auf Wunsch diverser Ratsmitglieder ein Angebot eines lokalen Anbieters verteilen wird, welches auch eine optionale Einweisung beinhaltet.

Der FV Huch erklärt, dass sowohl eine Einweisung in das Gerät selbst, als auch eine Einweisung in die App für Laien sinnvoll wären.

Die Einweisung in die App wird von der Verwaltung umgesetzt.

Der Vorsitzende erklärt die DS wie sie im Haupt- und Finanzausschuss empfohlen wurde nochmals und erläutert, dass man von dem Rückzahlungspassus absehen wollte. Demnach sei unter II der Absatz Nr. 3 zu streichen.

Der FV C. Baumann ergänzt, dass sobald ein Mitglied seine 400,- € erhalten habe, dieses keine Papierzustellungen mehr erhalten sollte.

Der Vorsitzende fragt sich, ob dies auch für den Haushalt gelten müsse. Die Frage bleibt offen.

Der FV Nagel-Schwab ergänzt, wie bereits in der Ausschusssitzung geschehen, dass unter I Absatz 5 das Wort „werden“ durch „können“ ersetzt werden muss.

Die FV Ebert fragt, ob Sammelbestellungen für die Tablets möglich seien. Dies wird seitens des Bürgermeisters verneint.

Sie fragt, ab wann man mit der Umsetzung rechnen könne.

Der Bürgermeister erklärt, dass man in den Herbstferien die Vorbereitungen treffen möchte und bis Ende Oktober die Verbandsgemeinde aktiv schalten wolle. Für die Ortsgemeinde sei eine Aktivstellung dieses Jahr noch vorgesehen.

Hinsichtlich des Personenkreises, der ein Tablet erhalten soll gibt das RM Kassel den Wortlaut des Ausschusses wieder: „In einem ersten Schritt sollen nur die Ausschüsse die abschließend entscheiden Tablets erhalten.“ Diesem wird zugestimmt. Es kommt zur Abstimmung über die soeben diskutierten Sachverhalte.

Einstimmig ergeht der

Beschluss:

„Dem Entwurf der Richtlinie wird zugestimmt. Der Passus der Rückzahlungsverpflichtung unter II Nr. 3 und teilweise Nr. 4 wird komplett gestrichen.

Das Wort „werden“ in I Nr. 5 wird durch „können“ ersetzt

Zum Personenkreis unter III Nr. 2 wird beschlossen: „der Personenkreis wird jedoch auf die jeweiligen Ortsbeigeordneten („m/w/d“) ausgeweitet, sowie in einem ersten Schritt auf die Mitglieder („m/w/d“) und Ersatzmitglieder („m/w/d“) der Ausschüsse die Entscheidungsbefugnisse haben: Haupt- und Finanzausschuss, Planungs- und Bauausschuss, Rechnungsprüfungsausschuss“.

Die Vereinbarung für Nicht-Ratsmitglieder wird zur Kenntnis genommen.“

07. Förderung der digitalen Infrastruktur für Schulen in Rheinland-Pfalz

Beratungsgegenstand stellt die DS 2019/MA068, Anlage 6, dar.

Der Vorsitzende erläutert, dass auch dieser Sachverhalt bereits in einem Ausschuss, nämlich dem gemeinsamen Schulträger und Planungs- und Bauausschuss ausführlich diskutiert wurde.

Im Ausschuss wurde deutlich, dass die Schule ihre Hausaufgaben gemacht hat und das nun die Verwaltung zu liefern hat.

Der zuständige Ortsbeigeordnete Lupberger erklärt für die Anwesenden nochmals den DigitalPakt der Bundesregierung. Bei einer Selbstbeteiligung von 10 %, was einer Summe von ca. 12.800,- € für die Ortsgemeinde entsprechen würde, könne man unter Einhaltung der entsprechenden Vorschriften eine Fördersumme von 90 %, was demnach ca. 115.000,- € entspricht, erhalten.

Es geht darum, die IT- und Medienkompetenz der Schüler weiter zu verbessern. Hierzu sei die Ausstattung der Ortsgemeinde mit iPads bereits sehr gut. In einem nächsten Schritt wolle man interaktive Displays anschaffen. Der Ortsbeigeordnete gibt kurz die Rahmenbedingungen wieder.

Er fasst zusammen, dass Medienkompetenz sicherlich wichtig sei und dass man demnach auch nicht vor den jährlichen Folgekosten, die leider nicht mehr bezuschusst werden, zurückschrecken sollte. Zum Wohle der örtlichen Grundschulkinder wolle man am DigitalPakt teilnehmen und entsprechend den Beschluss fassen.

Der FV Huch erklärt, dass man die Ausarbeitung des gemeindlichen Parts im Haupt- und Finanzausschuss noch beschließen müsse. In einem ersten Schritt sei das Ganze aber auf den Weg zu bringen.

Es kommt zur Abstimmung. Einstimmig ergeht der

Beschluss:

„Die Ortsgemeinde Maxdorf beteiligt sich im Rahmen des DigitalPaktes 2019-2024 an der Förderung der digitalen Infrastruktur. Die Verwaltung wird beauftragt, die Anträge form- und fristgerecht einzureichen und die Haushaltsmittel in Höhe von 12.786,57 € bereit zu stellen.“

08. Abweichungsantrag zur Errichtung eines Einfahrtstores mit einer Höhe von 1,20 m auf dem Grundstück in der Raiffeisenstraße in Maxdorf - Entscheidung gemäß §§ 69/88 Abs. 7 LBO sowie § 31 Abs. 2 i.V.m. § 36 Baugesetzbuch (BauGB)

Beratungsgegenstand stellt die DS 2019/MA075, Anlage 7, dar.

Der Vorsitzende verweist auf den Wortlaut der DS und den Beschlussvorschlag der Verwaltung. Er erklärt, dass in der Kurpfalzstraße bei einer Rücksetzung von einem Meter bereits höhere Einfriedungen möglich wären, wenngleich auch dort straßennah keine hohen Einfriedungen erlaubt sind. Demnach hält er den Beschlussvorschlag der Verwaltung für passend.

Ohne weitere Diskussionen kommt es zur Abstimmung.

Bei 19 Stimmen dafür ergeht ohne Gegenstimmen und bei einer Enthaltung der

Beschluss:

„Dem Abweichungsantrag auf Errichtung eines 1,20 m hohen Tores vor der Hofeinfahrt auf dem Grundstück in der Raiffeisenstraße wird die Zustimmung gemäß § 69 i.V.m. § 88 Abs. 7 LBauO, sowie das Einvernehmen gemäß § 31 Abs. 2 i.V.m. § 36 BauGB erteilt.

Einschränkung: Die Befreiung der durch den rechtskräftigen Bebauungsplan festgesetzten Einfriedungshöhe wird ausschließlich für Tore und Türen erteilt und auf 1,20 m fixiert. Die Einfriedungen selbst dürfen straßenseitig, wie durch den Bebauungsplan vorgegeben, 0,80 m nicht überschreiten.

09. Haidwaldschule; - Sachstand

Der Vorsitzende erklärt, dass man hinsichtlich der Haidwaldschule im dauernden Kontakt mit den übergeordneten Behörden sei und auch die Schule und der Elternausschuss mitgeholfen haben.

Am 25.09.2019 traf schließlich eine Mail ein, dass man im Laufe der nächsten Woche mit der Baugenehmigung rechnen könne.

Der FV C. Baumann äußert sich enttäuscht, da hiermit ein Baubeginn wohl erst nach den Ferien möglich wird.

Der Vorsitzende bestätigt dies und erklärt, dass man allerdings bereits mit dem Rückbau beginnen werde.

Der Ortsbeigeordnete Lupberger ergänzt, dass das zurück gebaute Spielgerät nicht eingemottet wird, sondern auf dem Spielplatz in der Zweibrücker Straße aufgestellt wird.

Der FV Huch fragt nach dem Status der Erweiterung der Grundschule.

Der Vorsitzende erklärt, dass zunächst eine Begehung mit dem Brandschutzsachverständigen im Carl-Bosch-Haus notwendig sei. Da dies schwer zu verstehen ist, erklärt der Ortsbeigeordnete Lupberger, wie bereits im Ausschuss geschehen, dass die ADD und die SGD gefordert haben, das zu untersuchen sei, wie das Carl-Bosch-Haus schulisch zu nutzen ist. Erst wenn dies klar wäre, würde die ADD das neue Raumkonzept wo welcher Schulraum untergebracht wird, prüfen und genehmigen. Fraglich hierbei sei, ob man seitens der Behörde beabsichtige, das Veranstaltungsgebäude, dass der Ortsgemeinde zugesagt wurde zu verhindern oder ob man die Schulerweiterung auf ein weitaus kleineres Maß zusammenstreichen will. Der Vorsitzende wird über die Ergebnisse des Sachverständigen in den Ausschüssen berichten und debattieren lassen.

10. Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

10.01. – Kerwe

Der Vorsitzende erinnert daran, dass morgen die Jubiläumskerwe startet. Er hofft, alle Anwesenden dort zu treffen und auf gutes Wetter.

10.02. – Kleinkindspielplatz

Der Vorsitzende teilt mit, dass in der BASF Siedlung III die Bauarbeiten am Kleinkindspielplatz begonnen haben. Der Bereich wurde ausgehoben und wird demnächst auch gepflastert. Eine DS hinsichtlich der Spielgeräte wird folgen.

10.03. – Bypass K2

Der Vorsitzende berichtet über einen Termin mit dem DLR und Anliegern hinsichtlich der Infoveranstaltung zum Bypass an der K2.

Sollte das Umlegungsverfahren vorgezogen starten können, dies wäre dann der Fall wenn die Eigentümer der Übertragung zustimmen würden, dann würde das LBM die Maßnahme 2020 in den Haushalt nehmen.

Das Umlegungsverfahren selbst wird erst im Januar 2020 eröffnet.

10.04. – Bolzplatz

Das RM Westrich bedankt sich, dass der Bolzplatz hinter der Katzengewanne bereits gemäht, repariert und der Eingang versetzt wurde. Eine gute Leistung des Bauhofes.

10.05. – 200 Bäume für Maxdorf

Das RM Westrich erklärt, anhand eines mitgebrachten Flyers die Intention 200 Bäume für Maxdorf zu pflanzen.

Wie erklärt wird, seien nur ausgewählte Bäume, sowohl trockenresistent, als auch feuchteresistent und nicht gefährlich oder giftig für Kinder im Plan.

Insgesamt würde man demnach ca. 13.000,- € benötigen, die 200 Bäume, die zum Teil schon seit 2016, dem Jahr des Theaterstückes über Maxdorf, eingepflanzt wurden, zu finanzieren. Im November dieses Jahres, wird noch eine große Pflanzaktion stattfinden. Das RM Reis erklärt, dass die CDU ihre Spende des Kerwestandes in diesem Jahr der Baumpflanzaktion Spenden wird.

10.06. – Straßenausbauprogramm

Der FV Huch fragt nach dem Straßenausbauprogramm ab 2020, da das aktuelle 2019 endet.

Der Vorsitzende erklärt, dass eine rückwirkende Satzungsänderung für 2019 notwendig wurde und danach das neue Ausbauprogramm, auch im Hinblick auf das Kanalkataster beschlossen werden soll.

10.07. – DS

Der FV Nagel-Schwab weist darauf hin, dass die DS besser anonymisiert werden sollten.

10.08. – Kreisel K2

Das RM Reis fragt nach den Maßnahmen im Bereich des geplanten Bypasses.

Der Vorsitzende erörtert, dass dies für ein Lamsheimer Windrad geschehen sei. Der Transport habe zwischenzeitlich stattgefunden. Mit einem Rückbau wird demnächst gerechnet.

11. Einwohnerfragestunde

Es liegen keine schriftlichen Anfragen vor.

Ein Hörer fragt, ob mit der Erweiterung der Haidwaldschule auch eine Erweiterung der Pausenfläche vorgesehen sei, da diese bereits jetzt sehr eng wäre.

Der Vorsitzende erklärt, dass der Helwerth-Park zwangsläufig als Schulhof umgewidmet werden muss. Vorher muss eine entsprechende Gestaltung und Bewertung erfolgen.

Mit einem Dank entlässt der Vorsitzende die anwesenden Zuhörer und den Vertreter der Presse und leitet um 20:55 Uhr in den nichtöffentlichen Teil über.

Der Vorsitzende erinnert, dass im Anschluss an den nichtöffentlichen Teil nochmals eine öffentliche Sitzung mit Präsentation der Ergebnisse aus dem nichtöffentlichen Teil erfolgen wird.

Die Anwesenden werden zwischenzeitlich verabschiedet und verlassen den Sitzungssaal.

Nichtöffentliche Sitzung:

12. Protokoll der letzten nichtöffentlichen Sitzung

Die Niederschrift des nichtöffentlichen Teils der 02. Ortsgemeinderatssitzung vom 29.08.2019 ist noch nicht versendet.

13. Mitteilungen und Anfragen

13.01. - Einzelhandel

Der Vorsitzende erklärt, dass man im Ortsgemeinderat einer Erweiterung des örtlichen Rewe-Marktes bereits zugestimmt habe.

Das ganze würde sich schwieriger gestalten als zunächst absehbar.

Aufgrund der Größe der Erweiterung solle die Ortsgemeinde ihr Einzelhandelskonzept fortschreiben. Hierzu sei interessant, wie das Gelände am Kartoffelkreisel zukünftig genutzt werden soll. Die Frage, die sich stellt ist diese, ob man nun dem REWE Markt die Erweiterung so einfach wie möglich macht und danach Probleme bei der Errichtung eines Einkaufsmarktes am Kartoffelkreisel erhält oder ob man aktuell alles so belassen solle und den Lauf der Dinge inklusive eines neuen Marktes am Kartoffelkreisel abwarten möchte.

Er bittet die Fraktionen, sich eine Meinung zu bilden.

13.02. - Kommunalbrevier

Der FV Huch fragt nach, warum er nur drei Kommunalbreviere erhalten hat. Aufgrund von Sparzwängen werden nicht mehr als 3 pro Fraktion ausgehändigt.

13.03. - Floßbach

Das RM Reichert fragt nach, ob es möglich wäre, den Weg an der Floßbach entlang zu säubern.

Der Vorsitzende erklärt, dass hier der Eckbach-Isenach-Verband zuständig sei. Dieser arbeite nur auf Auftrag. Der Ortsbeigeordnete Kiefer erklärt, dass es sich um einen Wirtschaftsweg handelt.

13.04. - Örtliches Grün I

Das RM Kraft erklärt, dass der Bereich zwischen Albert-Funk-Haus und Friedhof verwahrlost aussehe.

13.05. - Örtliches Grün II

Das RM Kraft erklärt, dass die Ginkgo Bäume vor dem Albert-Funk-Haus komplett kaputt wären.

Der Vorsitzende erklärt, dass man daher im Rahmen der Baumpflanzaktion auch für unsere Region geeignete Bäume erwerben wird um sie zu setzen.

Ginkgo ist in unseren Breiten keine heimische Pflanze.

Hinsichtlich der ordentlichen Wiederherstellung des Bereiches bittet er um Geduld und hofft, dies ohne zusätzliche Haushaltsmittel bewerkstelligen zu können.

Der Vorsitzende bedankt sich bei den Anwesenden und schließt um 21:23 Uhr den nichtöffentlichen Teil der Sitzung.

Öffentliche Sitzung:

14. Bekanntgabe der Ergebnisse aus dem nichtöffentlichen Teil

Bekanntgabe zu TOP 12

Der Vorsitzende teilt mit, dass das Protokoll noch nicht versendet wurde

Bekanntgabe zu TOP 13

Der Vorsitzende teilt mit, dass diverse Anfragen und Mitteilungen erfolgten, zu denen keine abschließenden Entscheidungen getroffen wurden.

Mit einem Dank an die Ratsmitglieder und die Zuhörer schließt der Vorsitzende um 21:25 Uhr die heutige Ortsgemeinderatssitzung und wünscht einen guten Heimweg.

Die nächste Gemeinderatssitzung findet am 07.11.2019 statt.

Maxdorf, den 13.10.2019

gelesen

(Baumann)
Ortsbürgermeister

(Poje)
Bürgermeister

(Müller)
Schriftführer